

Bündnis 90/Die Grünen 1993 bis 2014

1. bis 38. Ordentliche Bundesversammlung, fünf außerordentliche Bundesversammlungen

1. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

14. - 16. Mai 1993 Leipzig

Beschlüsse:

- Inkraftsetzung des Assoziationsvertrages zwischen Bündnis 90 und Die Grünen nach erfolgreicher Urabstimmung in beiden Parteien
- „Leipziger Erklärung“: Solidarität und BürgerInnenbeteiligung
- Vorstandswahlen:

SprecherInnen:	Marianne Birthler (neu) Ludger Volmer (wiedergewählt)
Politische Geschäftsführerin:	Heide Rühle (wiedergewählt)
Schatzmeister:	Henry Selzer (wiedergewählt)
BeisitzerInnen:	Angelika Beer (wiedergewählt) Christiane Ziller (neu) Eva Mensching (neu) Renate Backhaus (wiedergewählt) Helmut Lippelt (wiedergewählt) Friedrich Heilmann (wiedergewählt) Eberhard Wagner (neu)

Resolutionen u.a. zu:

- Gegen den Kohl-Engholm-Pakt - den Solidarpakt von unten organisieren.
- Innenpolitische Debatte
 - I. Verfassung nicht ohne das Volk!
 - II. Gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus, für das Menschenrecht auf Asyl und gleiche Rechte für alle.
 - III. Für eine bürgerrechtsorientierte Kriminalpolitik.
- Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen - ein Menschenrecht
- Essen aus dem Genlabor? Wir sagen NEIN!
- Bundeswehreinsatz in Somalia

Außerordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

09. Oktober 1993 Bonn

Nach einer Sondersitzung des Länderrates am 17. Juni debattiert die außerordentliche Bundesversammlung über den Einsatz militärischer Mittel und politische Forderungen der Grünen angesichts des Krieges im ehemaligen Jugoslawien

- Beschluss: Gewaltfreiheit und Menschenrechte - friedenspolitische Grundlinien von Bündnis 90/Die Grünen
- Resolution: u.a. zu Somalia

2. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

12. - 14. November 1993 Aachen

Beschlüsse:

- Beschlussfassung über das Wahlprogramm „Lieber Europa erweitern als Demokratie beschränken“ zur Europawahl am 12.06.1994
- Beitritt von Bündnis 90 zur Europäischen Föderation Grüner Parteien
- Änderung des Frauenstatuts
- Beschluss Wahlkampfetat
- Diätenregelung für Mitglieder des Bundestages und des Europaparlaments
- Ansätze für einen Umbau des Steuersystems
- Listenaufstellung zur Europawahl am 12.06.1994
 1. Claudia Roth
 2. Wolfgang Ullmann
 3. Hiltrud Breyer
 4. Frieder Otto Wolf
 5. Elisabeth Schroedter
 6. Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf
 7. Undine von Blottnitz
 8. Daniel Cohn-Bendit
 9. Birgit Cramon-Daiber
 10. Wolfgang Kreissl-Dörfler
 11. Irene Soltwedel
 12. Wilfried Telkämper
 13. Edith Müller
 14. Ozan Ceyhun
 15. Saskia Santoso
 16. Jakob von Uexküll
 17. Alessandra Alberti (Liste bis hier bestätigt)

3. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen **25. - 27. Februar 1994 Mannheim**

Beschlüsse:

- Beschlussfassung über das Wahlprogramm zur Bundestagswahl am 16.10.1994
- Anerkennung Grün-alternatives Jugendbündnis (GAJB)
- Nachwahl Europaliste, Bestätigung Platz 18 und Wahl Plätze 19-23

Resolutionen u.a. zu:

- Resolution zu Kurdistan

4. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen **05. November 1994 Köln**

- Debatte zur Auswertung der Bundestagswahl am 16. Oktober; Bündnis 90/Die Grünen ziehen wieder mit Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag ein; Debatte zur Situation von Bündnis 90/Die Grünen in den ostdeutschen Landesverbänden
- Debatte um eine Modifizierung der Trennung von Amt und Mandat; im Ergebnis wird die Trennung beibehalten und ergänzt um Mitglieder einer Regierung (Bundes-, Landes-) oder der Europäischen Kommission (im Meinungsbild zunächst einfache Mehrheit für die bestehende Regelung)

Beschlüsse:

- das Frauenstatut wird mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit auch formell in die Satzung aufgenommen.

Resolutionen u.a. zu.:

- Nein zum Transrapid
- Keine Unterstützung des türkischen Unrechtsregimes durch die BRD

5. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen
03./ 04. Dezember 1994 Potsdam

Beschlüsse:

- Wahlen zum Bundesvorstand:

SprecherInnen:	Krista Sager (neu) Jürgen Trittin (neu)
Politische Geschäftsführerin:	Heide Rühle (wiedergewählt)
Schatzmeister:	Henry Selzer (wiedergewählt)
BeisitzerInnen:	Regine Barth (neu) Kambiz Behbahani (neu) Rita Sélitrenny (neu) Karsten Speck (neu) Christiane Ziller (wiedergewählt)

- Beschluss zum Umzug der Bundesgeschäftsstelle von Haus Wittgenstein nach Bonn

Resolutionen zu u.a.:

- Resolution zur Klimapolitik:
Damit das Klima nicht zur Katastrophe wird: den Klimagipfel in Berlin zum Erfolg machen
- Nein zum Großflughafen Berlin-Brandenburg-International
- Nein zum geplanten Ausbau der Flüsse Saale, Elbe, Oder und Havel
- Verhinderung des Bombenabwurfplatzes bei Wittstock/Drosse („Bombodrom“)
- Resolution zu Bosnien

6. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

01. - 03. Dezember 1995 Bremen

Beschlüsse:

- Aktive Friedens- und Menschenrechtspolitik statt militärischer Kampfeinsätze
Leitgedanken für eine Zivilisierung der Außenpolitik
- Ja zum Friedensschluss von Dayton - Nein zur Politik von Kohl, Kinkel und Rühe (Krieg in Bosnien und Herzegowina)
- Satzungsänderungen: Einrichtung eines internationalen Solidaritätsfonds

Resolutionen zu u.a.:

- Kampagne und gemeinsame Aktion zum 10. Tschernobyl-Jahrestag
- Einrichtung eines Bundesausbildungsförderungsfonds (BAFF)
Für eine elternunabhängige, bedarfsdeckende und solidarisch refinanzierte Studienförderung
- Grüne für die Schaffung von sicheren Arbeitsplätzen mit familienfreundlichen Arbeitszeiten im Einzelhandel

- Kampagne und gemeinsame Aktion zum 10. Jahrestag von Tschernobyl
- Eisenbahn statt Transrapid
- Keine Waren und kein Kinderspielzeug aus chinesischen Arbeitslagern
- Beschluss zum Hauskauf /Umzug der Bundesgeschäftsstelle von Bonn nach Berlin

7. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

01. - 03. März 1996 Mainz

Beschlüsse:

- Beschluss über eine Reform der grün-nahen politischen Stiftung und Festlegung des Namens Heinrich-Böll-Stiftung
- Programm zur Medienpolitik
- Beschluss zur Weiterentwicklung des wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Programmes: „solidarisch arbeiten - ökologisch wirtschaften“
- Beschlüsse zur Migrationspolitik
- Beschlüsse zum ehemaligen Jugoslawien
- Beschluss: „Die Informationsgesellschaft ökologisch, sozial und demokratisch gestalten!“ und „Keine Zensur im Internet“
- Beschluss zur Strukturreform
- Beschluss zur Strukturhilfe Ost
- Satzungsänderungen: Der Antrag des Bundesvorstandes auf einschränkende Regelungen zur Trennung von Amt und Mandat wurde – wie andere – einvernehmlich nicht abgestimmt und auf die
- BDK in Suhl verlegt, schließlich dort aber auch nicht verhandelt.
- Wahlen zum Bundesvorstand:

SprecherInnen:	Krista Sager Jürgen Trittin
Politische Geschäftsführerin:	Heide Rühle
Schatzmeister:	Dietmar Strehl (neu)
BeisitzerInnen:	Regine Barth Kambiz Behbahani Rita Sélitrenny Karsten Speck Christiane Ziller

8. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

29. November - 1. Dezember 1996 Suhl

Beschlüsse:

- Die Grüne Steuerreform: sozial, gerecht, transparent, ökologisch. Umsteuern in der Steuerpolitik
Entlastung für Viele statt Umverteilung nach oben
- Grundsicherung - Gegen Armut und Ausgrenzung
- Strukturhilfe Ost
- „Startphase Ziviler Friedensdienst“
- Beschluss zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms
- Satzungsänderung: Ortsverbände im Ausland
- Statut der Bundesarbeitsgemeinschaften
- Wahlen zum Bundesvorstand:

SprecherInnen:	Gunda Röstel (neu) Jürgen Trittin (wiedergewählt)
Politische Geschäftsführerin:	Heide Rühle (wiedergewählt)
Schatzmeister:	Dietmar Strehl
BeisitzerInnen:	Regine Barth (wiedergewählt) Angelika Albrecht (neu) Katrin Göring-Eckardt (neu) Frithjof Schmidt (neu) Klaus-Dieter Feige (neu)

Resolutionen u.a. zu:

- Gentechnisch verändertes Soja
- Europol-Konvention
- Großer Lauschangriff
- Stilllegung des AKW Krümmel
- Resolution zum Welt-Aids-Tag
- Keine Abschiebung bosnischer und kosovo-albanischer Flüchtlinge
- Für einen dauerhaften Frieden in Kurdistan
- Resolution gegen Milosevic in Serbien
- Keine Verschärfung des Ausländerrechts
- Gegen Postdienstkahlschlag

9. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

14. - 16. November 1997 Kassel

Beschlüsse:

- Beschluss zum „Amsterdamer Vertrag“ (Vertrag zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union)
- Beschluss zur Währungsunion und Einführung des Euro („Den Euro nicht verschieben, aber korrigieren“)
- Beschluss zur Arbeitsmarktpolitik: Wege aus der Arbeitslosigkeit: Zukunft der Arbeit gestalten, ökologischer Umbau der Industriegesellschaft, Solidarität
- Die grüne Grundsicherung: ein soziales Netz gegen die Armut
- Beschluss zur Hochschulpolitik: Perspektiven einer sozialen, emanzipatorischen, ökologischen und demokratischen Hochschul- und Wissenschaftspolitik
- Satzungsänderung: Zusammensetzung des Länderrats (Modifizierung der Vertretung der Bundesarbeitsgemeinschaften)

Resolutionen u.a. zu:

- Gegen die Unterzeichnung des Menschenrechtsübereinkommens zur Biomedizin (früher: Bioethik-Konvention)
- Stoppt den Eurofighter! (Rüstungsprojekt der Bundeswehr)
- Klimakonferenz Kyoto: verbindliche Ziele für den Klimaschutz
- Beschluss zum Landesökofonds

10. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

06. - 08. März 1998 Magdeburg

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Grün ist der Wechsel“

Beschlüsse:

- Wahlprogramm für die Bundestagswahl am 27.09.1998: „Grün ist der Wechsel“ Bestimmungen für Koalitionsverhandlungen mit der SPD nach einem möglichen Wahlsieg
- Wahlen zum Bundesvorstand:

Schatzmeister:

Dietmar Strehl (wiedergewählt)

Resolutionen u.a. zu:

- Keine feste Querung des Fehmarn-Belts (Brücke oder Tunnel)
- Freilassung der politischen Gefangenen in Kurdistan
- Selbstbestimmungsrecht statt Scheinalternativen
- Keine Abschiebung nach Kosovo

11. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen **23./ 24. Oktober 1998 Bonn**

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Das Land ökologisch und sozial erneuern“

Beschlüsse:

- Auswertung der Bundestagswahl vom 27. September 1998, erstmals Beteiligung von Bündnis 90/Die Grünen an der Bundesregierung
- Strukturreform: Anpassung der Parteistrukturen an die neuen Herausforderungen als Regierungspartei
- Beratung und Verabschiedung des Koalitionsvertrages zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
- Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat für Mitglieder der Bundesregierung (MinisterInnen dürfen ihr Bundestagsmandat behalten)

Resolutionen u.a. zu:

- Stimmenzuwächse im Osten honorieren, Parteaufbau in den ostdeutschen Landesverbänden forcieren

12. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

11. - 13. Dezember 1998 Leipzig

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Das Land ökologisch und sozial erneuern“

Beschlüsse:

- Umfassende Satzungsdebatte, u.a. Einrichtung des neuen Gremiums Parteirat, für das es keine Trennung von Amt und Mandat gibt; für den Bundesvorstand wird parallel keine Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat beantragt; Reduzierung der Zahl der Vorstandsmitglieder von neun auf fünf Mitglieder
- Wahlen zum Bundesvorstand:

SprecherInnen:	Gunda Röstel (wiedergewählt) Antje Radcke (neu)
Politischer Geschäftsführer:	Reinhard Bütikofer (neu)
Schatzmeister:	Dietmar Strehl
Frauenpolitische Sprecherin:	Angelika Albrecht (bisher Beisitzerin)

Resolutionen u.a. zu:

- Aktualisierung des Grundsatzprogramms spätestens vor der nächsten Bundestagswahl
- Schutz des Wattenmeeres: Konsequenzen aus der Schiffshavarie im Wattenmeer ziehen
- Recht auf freie Meinungsäußerung im Iran gewährleisten!
- Bundeskonversionsprogramm und Verhinderung des Ausbaus von Truppenübungsplätzen in den neuen Bundesländern
- Recht auf Ausbildung für alle! (Ausbildungsplatzumlagefinanzierung)
- Resolution zur Festnahme von Augusto Pinochet (Chile)
- Resolution zum Multilateralen Abkommen über Investitionen (MAI)
- Verzicht auf militärische „Ehren“-Bezeugungen
- Gegen rechtsradikale Tendenzen in der Bundeswehr
- Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes (Asylverfahrenspraxis)
- Keine Privilegierung beim Bau von Mobilsendeanlagen
- Einführung eines Hormonpräparats zum Schwangerschaftsabbruch (RU 486)
- Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene
- Aufschiebung der 2. Stufe der Bahnreform und Moratorium bei Streckenstilllegungen
- Für eine politische Lösung der Kurdenfrage, für Wiederaufbau der zerstörten Kurdenregion
- Kein Arbeitsverbot für AsylbewerberInnen
- Kampagne zur Energiewende und zum Atomausstieg
- Einbürgerungskampagne 1999 „Gleiche Rechte Jetzt!“

13. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen **05. - 07. März 1999 Erfurt**

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Entschieden europäisch!“

Beschlüsse:

- Beschluss über das Wahlprogramm zur Europawahl am 30. Juni 1999: „Entschieden Europäisch: für ein demokratisches Europa des Friedens, der Solidarität und der nachhaltigen Entwicklung“
 - Anerkennung von „ImmiGrün – Bündnis der neuen InländerInnen“ als Nebenorganisation von Bündnis 90/Die Grünen mit Beratungsstatus
 - Debatte um Strukturreform (u.a. Trennung von Amt und Mandat) wurde vorzeitig abgebrochen
 - Satzungsänderung: Offenlegung von Nebentätigkeiten (bezahlt oder unbezahlt) für Mitglieder des Parteirates
 - Aufstellung der Wahlliste zur Europawahl:
 1. Heide Rühle
 2. Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf
 3. Hiltrud Breyer
 4. Wolfgang Kreissl-Dörfler
 5. Ilka Schröder
 6. Ozan Ceyhun
 7. Elisabeth Schroedter
 8. Frieder Otto Wolf
 9. Edith Müller
 10. Klaus-Dieter Feige
 11. Marianne Tritz
 12. Marianne Goldschmidt
- [...]

Resolutionen u.a. zu:

- Energiewende: Für die Beendigung des atomaren Risikos und den Aufbruch in eine verantwortbare Energiewirtschaft
- Beschluss einer Informationskampagne zur Reform des Staatsbürgerschafts
- Familienpolitik: Kinder fördern, nicht den Trauschein (Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10.11.1999)
- Schuldenerlass für die ärmsten Länder der sogenannten „Dritten Welt“
- Schutz der Menschenrechte in der Türkei: Für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage
- Frauen sind in der Mehrheit: Neuer Aufbruch in der Frauenpolitik
- Für eine friedliche und nachhaltige Lösung des Kosovo-Konflikts
- Wohngeldreform: Einkommensgrenzen in der Wohneigentumsförderung senken

Außerordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

13. Mai 1999 Bielefeld

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Frieden und Menschenrechte vereinbaren!“

- Resolution zum Krieg im Kosovo / Jugoslawien: Frieden und Menschenrechte vereinbaren! Für einen Frieden im Kosovo, der seinen Namen zu Recht trägt!
- Resolution: Flüchtlinge aus dem Kosovo aufnehmen!

14. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

17. - 19. März 2000 Karlsruhe

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Grüne Energie“

Beschlüsse:

- Beschluss zum Ausstieg aus der Atomenergie: Die Energiewende vollenden! Der Ausstieg aus der Atomenergie darf nicht länger verzögert werden.
- Bürgerrechte stärken – Parteienmacht begrenzen (Direkte Demokratie, Novellierung des Wahl- und Parteienrechts; Anlass: Finanzskandal der CDU)
- Beschluss zum Internationaler Solidaritätsfonds (Aussetzung)
- Im Rahmen einer Satzungsdebatte Abstimmung über modifizierte Anträge zur Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat; die 2/3-Mehrheit wird um 60 Stimmen verfehlt

15. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen
23./ 24. Juni 2000 Münster

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Neue Energie ist Grün“

Beschlüsse:

- Energiepolitik: Beschluss zum Atomausstieg
- Gleiche Chancen für die Schiene: Bündnisgrüne Prioritäten für die Verkehrspolitik in dieser Legislaturperiode
- Frauenpolitik: Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und den Generationen herstellen
- Gleiche Rechte für Schwule und Lesben (Eingetragene Partnerschaft)
- Grundrecht auf Asyl bewahren: Für eine menschenrechtlich orientierte Asyl- und Flüchtlingspolitik
- Für eine Neuorientierung in der Migrations- und Integrationspolitik
- Rückkehr von Kosovo-Flüchtlingen
- Sicherheitspolitik: Bundeswehrreform im außen- und sicherheitspolitischen Kontext
- Keine Umsetzung der neuen NATO-Strategie
- Grundsätze grüner Behindertenpolitik
- Drogenpolitik: Drogenpolitische Wende realisieren
- Europapolitik: Die EU-Institutionen für die Erweiterung fit machen und den verfassungsgebenden Prozess in der EU voranbringen
- Wahlen zum Bundesvorstand:

SprecherInnen:	Renate Künast (neu) – zugleich frauenpolitische Sprecherin Fritz Kuhn (neu)
Politischer Geschäftsführer:	Reinhard Bütikofer (wiedergewählt)
Schatzmeister:	Dietmar Strehl (wiedergewählt)
Weitere Mitglieder:	Undine Kurth (neu) Niombo Lomba (neu)

16. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen
09. - 11. März 2001 Stuttgart

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Neue Energie ist Grün“

Beschlüsse:

- Grüne Einwanderungspolitik: Kultureller Pluralismus und Integration
- Bahnpolitik: „Mit uns kommt die Bahn zum Zug“
- Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik: „Die neue Landwirtschaft ist grün – Das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zurückgewinnen“
- Satzungsänderung: Delegiertenschlüssel (Übergangsbestimmungen für ostdeutsche Landesverbände)

- Trennung von Ministeramt und Abgeordnetenmandat
- Wahlen zum Bundesvorstand:

SprecherInnen:	Claudia Roth (neu) - zugleich Frauenpolitische Sprecherin Fritz Kuhn (weiter im Amt)
Politischer Geschäftsführer:	Reinhard Bütikofer
Schatzmeister:	Dietmar Strehl
Weitere Mitglieder:	Undine Kurth Niombo Lomba

Resolutionen u.a. zu:

- Den Atomausstieg umsetzen
- Ausstieg aus der Urananreicherung in Gronau
- Atommüllendlager Benken (Probebohrungen Endlager für hochradioaktive Abfälle in der Schweiz)
- Für eine baldige Entschädigung der Zwangsarbeiter! Die Wirtschaft muß jetzt ihren Beitrag leisten
- Zusammenlegung von Solifonds und Ökofonds zu einem gemeinsamen Fonds auf Spendenbasis
- Demokratie erweitern: Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene
- Bundeskonversionsprogramm [Rüstungskonversion]

17. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen **24./ 25. November 2001 Rostock**

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Streitbar - Offen - Zukunftsfähig“

- Generaldebatte über die aktuelle Lage und die außen- und innenpolitischen Konsequenzen des 11. September (Terroranschläge in den USA)

Beschlüsse u.a. zu:

- Internationalen Terrorismus bekämpfen, in kritischer Solidarität handeln, die rot-grüne Koalition fortsetzen“ (aktuell: Krieg in Afghanistan)
- Nicht nur der Krieg, auch der Frieden muss finanziert werden!
- Afghanistan: Frauenrechte stärken – den Frieden sichern
- Vernichtung statt Export von Altwaffen der Bundeswehr: Für eine restriktive und transparente Rüstungsexportpolitik
- Grundzüge bündnisgrüner Politik in Ostdeutschland
- Satzungsänderung: Aufnahme der Grünen Jugend in die Bundespartei
- Änderungen der Geschäftsordnung der Bundesversammlungen (Antragsfrist, Abstimmungsverfahren, Redezeiten)

Resolutionen u.a. zu:

- Nukleare Risiken reduzieren (Gefährdung von Atomanlagen durch Flugzeugabstürze)
- Volksentscheid (Einbringung eines Gesetzentwurfes im 1. Quartal 2002)
- Dentalmetall Amalgam minimieren

18. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen **15. - 17. März 2002 Berlin**

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Die Visionen für die Zukunft entstehen hier“, Thema auch „Aufbruch nach Europa und in die Eine Welt“

- Beschluss über ein neues Grundsatzprogramm Bündnis 90/Die Grünen: „Die Zukunft ist grün“

19. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen **04./ 05. Mai 2002 Wiesbaden**

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Grün wirkt“

- Debatte und Beschluss über das Programm zur Bundestagswahl am 22.09.2002: „Grün wirkt - unser Wahlprogramm 2002-2006“

Resolutionen zu u.a.:

- Keine militärischen Aktionen gegen den Irak
- Flüchtlingspolitik: Altfallregelung für Romaflüchtlinge (aus Ex-Jugoslawien)
- Für Perspektiven einer friedlichen Koexistenz in Nahost
- Ausstieg und kein Ausbau der Urananreicherung in Gronau
- Die Europäische Union durch eine europäische Verfassung erneuern (Konvent zur Erarbeitung eines Verfassungsentwurfes für die Europäische Union)

20. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen **18./ 19. Oktober 2002 Bremen**

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Grün wirkt weiter!“

Beschlüsse:

- Debatte zur Auswertung der Bundestagswahl vom 22. September 2002
- Beschluss zur Annahme des Koalitionsvertrages SPD - Bündnis 90/Die Grünen
- Debatte um Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat; bei der Abstimmung wurde eine satzungsändernde Mehrheit von 2/3 um 20 Stimmen verfehlt.

Resolutionen u.a. zu:

- Unterstützung des außenpolitischen Kurses der Bundesregierung bezüglich des Vorgehens der USA gegen den Irak
- Forderung einer Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete
- Aussetzung des Atommülltransportes nach Gorleben und eine alternative Endlagerstandortsuche
- Rüstungsexporte – ein Problem für Frieden und Entwicklung
- Transparenz über finanzielle Abhängigkeiten und Interessen von Bundestagsabgeordneten und Regierungsmitgliedern
- Frieden braucht Fachleute: Deshalb ZFD 500 (Ziviler Friedensdienst)
- Beschluss zum Atomkraftwerk Obrigheim

21. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen
07./ 08. Dezember 2002 Hannover

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Grün wirkt weiter!“

Beschlüsse:

- Beschluss über die Durchführung einer Urabstimmung im Laufe des Jahres 2003 über § 14 der Satzung „Im Bundesvorstand dürfen nicht mehr als ein Drittel der Mitglieder Abgeordnete sein. [...]“ (teilweise Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat) Anm.: die beschlossene Urabstimmung hat nicht stattgefunden.
- Europa 2004 (Entwicklung der Europäischen Föderation Grüner Parteien zu einer Europäischen Grünen Partei; gemeinsame Wahlplattform zur Europawahl 2004)
- Wahlen zum Bundesvorstand:

Bundesvorsitzende:	Angelika Beer (neu) Reinhard Bütikofer (bisher Politischer Geschäftsführer)
Politischer Geschäftsführer:	Steffi Lemke (neu)
Schatzmeister:	Dietmar Strehl (wiedergewählt)
Weitere Mitglieder:	Katja Husen (Frauenpolitische Sprecherin, neu) Omid Nouripour (neu)

Resolutionen zu u.a.:

- Grün wirkt weiter: Wir modernisieren nachhaltig und gerecht! Koch muss weg und Gabriel braucht grüne Flügel! (Erklärung zu den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 2. Februar 2003)
- Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag
- Die Türkei gehört in die Europäische Union
- Keine völkerrechtliche Unterstützung eines militärischen Alleingangs der USA und Großbritanniens gegen den Irak
- Lage in Tschetschenien / tschetschenische Flüchtlinge in Deutschland
- Geschlechtergerecht, chancengerecht, zugangsgerecht – Grüne Prinzipien bei der begonnenen Reform des Arbeitsmarkts offensiv umsetzen! („Hartz-Konzept“)
- Nachwuchsförderung [bei Bündnis 90/Die Grünen] – Auftrag für die Zukunft
- Aussetzung der Diätenerhöhung der Bundestagsabgeordneten

22. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen
28. - 30. November 2003 Dresden

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Europa weiter bauen“

Beschlüsse:

- Beschluss über das Wahlprogramm zur Europawahl am 13. Juni 2004: „Europa grün gestalten; Let's Green Europe!“
- Gemeinsames Manifest europäischer grüner Parteien zur Europawahl 2004, verabschiedet am 8. November 2003 in Luxemburg durch den 15. Rat der Europäischen Föderation Grüner Parteien (EFGP): „Europa Besser machen – Du entscheidest!“
- Aufstellung der Wahlliste zur Europawahl 2004:

1. Rebecca Harms
2. Daniel Cohn-Bendit
3. Heide Rühle
4. Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf
5. Angelika Beer
6. Cem Özdemir
7. Gisela Kallenbach
8. Frithjof Schmidt
9. Hiltrud Breyer
10. Michael Cramer
11. Elisabeth Schroeder
12. Milan Horáček
13. Helga Trüpel

[...]

Resolutionen u.a.:

- Beschluss zur aktuellen Debatte: „Reformen und Gerechtigkeit“ (Sozialpolitik, Agenda 2010, Arbeitslosengeld II, Steuergerechtigkeit)
- Ab- statt Aufrüstung in die EU-Verfassung (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik)
- Friedensperspektiven für den Nahen Osten (Unterstützung der Genfer Initiative, israelisch-palästinensischer Friedensvertrag)
- Zuwanderungsgesetz (Migrations- und Flüchtlingspolitik)
- Bleiberecht: Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen
- Solidarität mit und Unterstützung für die Türkei

- Verkehrspolitik: Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung
- Für eine Verstärkung der erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen für Demokratie und aktive Toleranz gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Gewalt in Ostdeutschland
- Gerechtigkeit für die Verfolgten kommunistischer Diktatur (des DDR-Systems und der sowjetischen Besatzungszeit)
- Novellierung des Fluglärmsgesetzes
- Grüne Gentechnik: Sachsen-Anhalt nicht zum Versuchsfeld machen
- Kein Kurswechsel in der Biopolitik (Embryonenschutzgesetz)
- Resolution zum Welt-AIDS-Tag
- Mobilfunkanlagen (Einhaltung der „Schweizer Richtlinien“)

23. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

02./ 03. Oktober 2004 Kiel

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Grünes Licht für die Bürgerversicherung“

Beschlüsse:

- Die grüne Bürgerversicherung: leistungsfähig, solidarisch, modern (Weiterentwicklung der Gesetzlichen und Privaten Krankenversicherungen)
- Soziale Reformen gerecht gestalten (Agenda 2010, Arbeitsmarktreform „Hartz IV“)
- Arbeitsmarktreformen weiter entwickeln
- Die Zukunft der Entwicklung Ostdeutschlands
- Konsequenter Kampf gegen den Rechtsextremismus
- Bürgerrechte für alle sichern – Sicherheit ernst nehmen
- Einwanderungsgesellschaft neu gestalten
- Wahlen zum Bundesvorstand:

Bundesvorsitzende:	Claudia Roth (neu) Reinhard Bütikofer (wiedergewählt)
Politischer Geschäftsführerin:	Steffi Lemke (wiedergewählt)
Schatzmeister:	Dietmar Strehl (wiedergewählt)
Weitere Mitglieder:	Katja Husen (wiedergewählt) (auch frauenpolitische Sprecherin) Omid Nouripour (wiedergewählt)

- Wahlen zum Parteirat

Resolutionen u.a. zu:

- GRÜNE Dienstleistungszentrale 2006: die Bundesgeschäftsstelle als Dienstleistungszentrale effektiver machen
- Keine Softwarepatente (Europäisches Patentamt)

- Für mehr und besseren Schienenverkehr: Die Bahnreform konsequent weiterführen
- Zentrale Steuerverwaltung (Übertragung von Verwaltungskompetenzen von den Ländern auf den Bund)
- Neues Chemikalienrecht für Europa
- Zukunft für Tschetschenien
- Tibet: Protest gegen Folter und Menschenrechtsverletzungen in China, gegen Ausbeutung von Ressourcen
- Förderung der sorbischen Kultur
- Für ein Gentechnikgesetz mit klaren Haftungsregeln
- Rüstungsexport: Keine Fuchspanzer in den Irak
- Keine Castortransporte von Rossendorf nach Ahaus

24. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

09./ 10. Juli 2005 Berlin

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Frische Ideen - für Arbeit und Umwelt, Gerechtigkeit und Toleranz!“

- Beschluss über das Wahlprogramm zur Bundestagswahl am 18. September 2005: „Einer für Alle: Das Grüne Wahlprogramm 2005“

25. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

15./ 16. Oktober 2005 Oldenburg

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Grün macht den Unterschied“

Debatte zur Auswertung der Bundestagswahl vom 18. September 2005. Ende der SPD-Grüne-Koalition

Beschlüsse:

- Grün macht den Unterschied – Für die ökologische und solidarische Modernisierung unseres Landes
- Satzungsänderung: Änderung Bundesschiedsgerichtsordnung
- Satzungsänderung: Antragsrecht für den Bundesvorstand Grüne Jugend
- Änderung der Beitrags- und Kassenordnung

Resolutionen u.a. zu:

- Gegen das Abenteuer Atomkraft: Wiedereinstieg – Nein Danke!
- Flüchtlings - und Einwanderungspolitik: Nicht die Flüchtlinge, sondern die Fluchtursachen bekämpfen (Grenzsicherungen der Europäischen Union)

26. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

1. - 3. Dezember 2006 Köln-Deutz

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Grüner ist besser“

Beschlüsse:

- Für einen radikalen Realismus in der Ökologiepolitik
- Energiesteuergesetz – so nicht!
- Atomausstieg fortsetzen!
- Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik besser verbinden (Agenda 2010, Arbeitsmarktreform „Hartz IV“)
- Mindestlohnregelungen jetzt einführen!
- Agenda für ein demokratisches und handlungsfähiges Europa (Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007)
- Satzungsänderung: Auslandsmitgliedschaft und Probemitgliedschaft
- Statut der Bundesarbeitsgemeinschaften von Bündnis 90/Die Grünen

- Wahlen zum Bundesvorstand:
Bundesvorsitzende: Claudia Roth (wiedergewählt)
Reinhard Bütikofer (wiedergewählt)
Politische Geschäftsführerin: Steffi Lemke (wiedergewählt)
Schatzmeister: Dietmar Strehl (wiedergewählt)
Weitere Mitglieder: Astrid Rothe (Frauenpolitische Sprecherin, neu)
Malte Spitz (neu)

- Wahlen zum Parteirat.

Resolutionen:

- City-Maut für attraktive Innenstädte
- Für eine emanzipatorische Sozialpolitik – Für einen ermutigenden Sozialstaat
- Grüne Friedenspolitik umsetzen: Für eine erfolgreiche Afghanistan-Politik!
- „Eine Welt“ statt exklusive Acht – Reformen für eine gerechte Globalisierung
- Mehrheiten für einen radikalen Realismus im Klimaschutz gewinnen. Mit einem „Klimaschutz-Euro“ die Kampagnenfähigkeit der Partei stärken
- Behindertenpolitik: Barrierefreie Veranstaltungen
- Zukünftige Finanzierung des Kindergartenbereichs – Für Elternbeitragsfreiheit
- Braunkohlenutzung sozial- und ökologisch verträglich und zügig beenden
- Kommunalen Wohnungsbestand sichern – gegen eine Politik des Ausverkaufs
- Rauchverbot durchsetzen
- Grüne Perspektiven für die Generation Praktikum
- Gesellschaftspolitik: Vielfalt ist Zukunft (Diversity)
- Neue Wege in der beruflichen Ausbildung gehen
- Teilhabegerechtigkeit und Verbraucherpolitik bei Finanzdienstleistungen
- Menschenrechte als Leitbild einer neuen Russlandpolitik

- Statt unsozialer Unternehmenssteuer – Steuergerechtigkeit herstellen und öffentliche Finanzen stärken
- Euratom: Kein Geld für Atomkraftwerke in Bulgarien und anderswo
- Für eine wirksame gesetzliche Bleiberechtsregelung und die dauerhafte Vermeidung von Kettenduldungen
- Die Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige darf nicht eingestellt werden

Außerordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

15. September 2007 Göttingen

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Für Afghanistan. Kritisch. Kontrovers. Konstruktiv.“

Im Mittelpunkt der Sonder-Bundesdelegiertenkonferenz steht die Situation in Afghanistan, der zivile Aufbau des Landes und die Rolle der Bundeswehr.

Beschlüsse:

- Militärische Eskalation ist keine Lösung – Mit politischen Mitteln und zivilem Aufbau den Frieden in Afghanistan gewinnen!
- Afghanische Flüchtlinge schützen

27. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

23. - 25. November 2007 Nürnberg

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Jetzt. Für Morgen.“

Beschlüsse:

- Neues Logo für die Partei Bündnis 90/ Die Grünen
- Zukunft der sozialen Sicherung: Aufbruch zu neuer Gerechtigkeit! (Arbeitsmarktreform „Hartz IV“, Grundsätze grüner Grundsicherung)
- Nachhaltig und gerecht: Grüne Marktwirtschaft
- Klimaschutz ohne wenn und aber – Auf dem Weg zur solaren Gesellschaft
- Globale Ernährungssicherung, Schutz der Regenwälder und der Biodiversität – Ökologische und soziale Standards für Bioenergie durchsetzen
- Gerechtigkeit und Taten – Klimaverhandlungen in Bali zum Erfolg machen
- Auch Kinder aus Haushalten, die soziale Transferleistungen beziehen, müssen Kindergeld erhalten
- Satzungsänderung: Verankerung der Europäischen Grünen Partei (EGP) in die Satzung: Bündnis 90/ Die Grünen ist Mitglied der EGP; Delegiertenschlüssel zum Kongress der EGP
- Eine andere, präventive Bildung – Für wirksame Strategien im Kampf gegen den Rechtsextremismus und Antisemitismus
- NPD-Verbotsantrag
- Den Rechtsstaat offensiv verteidigen – die Bürgerrechte stärken

- Gewalt gegen Frauen geht alle an

Resolutionen zu u.a.:

- Menschenrechte der Roma in Europa gewährleisten – Ausgrenzung, Diskriminierung und Vertreibung bekämpfen
- Flughafengebäude Tempelhof für Regierungszwecke nutzen – Tempelhofer Feld ökologisch sinnvoll gestalten
- Atomkraftwerke: Sicherheit muss vor Laufzeitgarantien gehen
- Namen von Bundeswehrkasernen überprüfen
- EU-Reformvertrag – die Reform der EU muss weitergehen! – Grüne Strategien für die Zukunft der Europäischen Union
- Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern
- Bergrecht (Reform des Bundesberggesetzes)
- Die Erweiterung des Kommunalwahlrechts auf die Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger
- Abrüstung braucht Bewegung: Den Atomwaffensperrvertrag wiederbeleben und weiterentwickeln, neue Kriege verhindern, Atomwaffen ächten
- Bahnpolitik: Schiene stärken statt verscherbeln
- Kein Ausverkauf des Gentechnik-Rechts zu Lasten von Mensch und Natur!
- Zwangsverheiratung durch Verbesserung des Opferschutzes wirksam bekämpfen
- Iran: Menschenrechte schützen, militärische Eskalation stoppen, Atombombe verhindern
- Für eine gute Nachbarschaft – Zusammenarbeit mit Polen stärken
- Sitzungen des Europäischen Parlaments in Brüssel, Tagungen des Europäischen Rates in Straßburg abhalten
- Kein Einmarsch in den Nordirak – Politische Lösungen sind notwendig
- Angemessene Renten der Holocaust-Überlebenden in Israel finanzieren
- Für die Respektierung der Versammlungsfreiheit in der Russischen Föderation! Freilassung von Kasparow!
- Resolution zum „Aktionsbündnis Landmine.de“ und zur Rüstungsfirma Diehl

28. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

14. - 16. November 2008 Erfurt

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Mehr bewegen.“

Beschlüsse:

- Klimaschutz geht nur mit Kohlemoratorium
- Zukunft mit Offshore-Windenergie
- Energie 2.0 - die Energiezukunft ist grün
- Neuvergabe der Strom-Konzessionsverträge: selbstbewusste Kommunen eröffnen Chancen für aktiven Klimaschutz
- Deutschlands Klima-Verantwortung: international und national gerecht, radikal und konsequent handeln
- (Fortführung Kyoto-Vertrag)
- Den Atomausstieg vorantreiben
- Die Krisen bewältigen: Für einen grünen New Deal
- 60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Prinzipien grüner Menschenrechtspolitik)
- Mehr bewegen für den Datenschutz
- Die Schließung von Guantanamo unterstützen: jetzt Gefangene aufnehmen
- Frieden bewegen – Grüne Friedens- und Sicherheitspolitik
- Wahlen zum Bundesvorstand:

Bundesvorsitzende:	Claudia Roth (wiedergewählt) Cem Özdemir (neu)
Politische Geschäftsführerin:	Steffi Lemke (wiedergewählt)
Schatzmeister:	Dietmar Strehl (wiedergewählt)
Weitere Mitglieder:	Astrid Rothe-Beinlich (Frauenpolitische Sprecherin, wiedergewählt) Malte Spitz (wiedergewählt)

Resolutionen zu u.a.:

- Erhalt des UNESCO-Welterbes: Bündnis 90/ Die Grünen lehnen Verkehrsachsen durch die Welterbestätten im Dresdner Elbtal (Elbtal-Brücke) und im oberen Mittelrheintal (Mosel-Brücke) ab
- Grüne für klares Nein zu Studiengebühren
- Car-Sharing als Beitrag zu einer neuen Mobilitätskultur
- Demokratie braucht Transparenz
- Unlauteren Lobbyismus wirksam bekämpfen
- Frühe Hilfen für Eltern ausbauen, Kindervernachlässigung vorbeugen
- Nanotechnologien und Verbraucherschutz
- Grüne wollen zukunftsfähige Bahn (geplanten Börsengang verhindern)
- Flüchtlings - und Einwanderungspolitik: Irakische Flüchtlinge jetzt zügig aufnehmen
- Für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht
- Naturschutz: Schutz für Bienen und Sicherheit für Imkerinnen und Imker

29. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen
23. - 25. Januar 2009 Dortmund

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Europa klar machen.“

Beschlüsse:

- Beschluss über das Wahlprogramm zur Europawahl am 07. Juni 2009: „Volles Programm für ein besseres Europa“
- Chance in der Krise: in ökologischen und sozialen Umbau investieren
- Satzungsänderung: Änderung § 8 Abs. 2 (Wahl der Delegierten für die Europäische Grüne Partei durch die Bundesdelegiertenkonferenz)
- Listenaufstellung zur Europawahl am 07.06.2009:

1. Rebecca Harms
2. Reinhard Bütikofer
3. Heide Rühle
4. Sven Giegold
5. Barbara Lochbihler
6. Michael Cramer
7. Ska Keller
8. Werner Schulz
9. Helga Trüpel
10. Martin Häusling
11. Franziska Brantner
12. Jan Philipp Albrecht
13. Elisabeth Schroedter
14. Gerald Häfner

[...]

30. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen
08. - 10. Mai 2009 Berlin

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Klima, Arbeit, Gerechtigkeit, Freiheit: Grün dreht das.“

Beschlüsse:

- Beschluss über das Wahlprogramm zur Bundestagswahl am 27. September 2009: „Der grüne neue Gesellschaftsvertrag: Klima, Arbeit, Gerechtigkeit, Freiheit“
- Wahlaufruf: Ökologische und solidarische Wege aus der Krise – mit starken Grünen für einen gesellschaftlichen Aufbruch!
- Satzungsänderung: Anbindung ausländischer Ortsverbände, u.a. Brüssel, zu einem Kreisverband
Resolutionen zu u.a.:
- Internationale Sicherheit ist keine Privatsache! (Grenzen des Einsatzes privater Sicherheitsunternehmen)
- Umbenennung der Paul von Lettow-Vorbeck Kaserne (Traditionspflege in der Bundeswehr)
- Keine Patente auf Pflanzen, Tiere und Zuchtungsverfahren in Europa (Patentierungspraxis des Europäischen Patentamtes)
- Keine Förderung der russischen Atomwirtschaft
- Behindertenpolitik: Rechte von Menschen mit Behinderungen umsetzen
- Wohnungspolitik: Für ein sozial gerechtes Wohnungs-Mietrecht
- Guantánamo schließen – Unschuldige Gefangene aufnehmen
- Humanitäre Katastrophe in Sri Lanka verhindern

31. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen
24./ 25. Oktober 2009 Rostock

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Grün macht Zukunft“

Beschlüsse:

- Grün macht Zukunft (Bilanz des Wahljahres 2009: Europa- und Bundestagswahl, sechs Landtagswahlen)
- Renaissance des Atomwiderstands – Wir sind vorbereitet! (Gegen die Aufkündigung des Atom-Konsenses durch die Bundesregierung)
- Für eine verantwortliche Afghanistanpolitik: Zivilen Aufbau ausbauen, afghanische Eigenverantwortung stärken, militärischen Abzug einleiten
- Klimaschutz braucht Klimagerechtigkeit: Klimakonferenz in Kopenhagen als Auftakt für einen globalen „Green New Deal“

Resolutionen u.a. zu:

- Menschenrechtspolitik. Genfer Konventionen in Sri Lanka achten
- Diskussion um Jugendgewalt: Zivilcourage statt Restriktion, Überwachung und Sensationsgier
- Gegen Tarifverträge mit Pseudogewerkschaften
- Debatte zur Zukunft der europäischen Integration führen (Vertrag von Lissabon)
- Solidarität mit den Menschen in Iran: Menschenrechte verteidigen, friedliche Proteste unterstützen
- Werra und Weser sind kein Abwasserkanal: Grenzwerte sofort senken
- Grüne Haushaltspolitik: Zukunftsfähige Investitionen und nachhaltige Konsolidierung (Staatsverschuldung)
- Verantwortung der EU gegenüber Bosnien und Herzegowina wahrnehmen
- Demokratie in Honduras wiederherstellen (Putsch in Honduras im Juni 2009)
- Moratorium für den Bau des Sprengplatzes Spitalwäldle (Truppenübungsplatz in Baden-Württemberg)

32. Ordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen **19. - 21. November 2010 Freiburg**

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Auftrag: Grünt“

Beschlüsse:

- 100% Zukunft statt Atom – Das Grüne Energiekonzept
- Zukunft der Kommunen: Demokratie braucht starke Kommunen!
- Entwicklungspolitik fängt bei uns an (Kommunale Entwicklungspolitik)
- Grundlinien grüner Nahostpolitik: Für einen dauerhaften und gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina
- Gesundheitspolitik: Zugang, Teilhabe, Prävention: Grüne Gesundheitspolitik erhält und stärkt die Solidarität
- Wahl des Bundesvorstands:

Bundvorsitzende: Claudia Roth (wiedergewählt)

Cem Özdemir (wiedergewählt)

Politische Geschäftsführerin: Steffi Lemke (wiedergewählt)

Schatzmeister: Dietmar Strehl (wiedergewählt)

Weitere Mitglieder: Astrid Rothe-Beinlich (Frauenpolitische Sprecherin, wiedergewählt)

Malte Spitz (wiedergewählt)

Resolutionen u.a. zu:

- Bildungspolitik: Gesamtstaatliche Verantwortung für Bildung stärken: Föderalismus weiterentwickeln, Kooperationsverbot abschaffen
- Gegen Fehmarnbelt-Querung (Brückenbau)
- Humanitäres Aufnahmeprogramm für Afghanistan
- Verfolgung von Verbrechen in Ruanda
- Politik gegenüber Iran
- Wohnungspolitik: Wohnraum in Deutschland zukunftsfähig machen, für ein sozial gerechtes und klimafreundliches Mietrecht
- Nein zur Olympiabewerbung München 2018 (Winterspiele)
- Für religiöse Toleranz und Pluralismus der Weltanschauungen
- Frauen, Frieden, Sicherheit – zehn Jahre nach der UN Resolution 1325 (Frauenrechte in Konfliktsituationen)
- Uranabbau ächten, Menschenrechte schützen (Schutz indigener Völker, Umwelt- und Ressourcenschutz)
- Hunger und Armut überwinden, die biologische Vielfalt retten, das Klima schützen (Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen)
- Bündnis 90/Die Grünen unterstützen den „Veggie-Day“ („Vegetarischer Donnerstag“)
- Rechtsstaatlichkeit in Russland fördern – Michail Chodorkowski freilassen
- Der Ukraine in der Europäischen Union eine Beitrittsperspektive bieten

- Die Europäische Bürgerinitiative – einfach, unbürokratisch und wirkungsvoll ausgestalten (transnationales Instrument zur Bürgerbeteiligung)
- Klimabedingte Migration und Flucht als unsere Verantwortung erkennen
- Grüne Wende jetzt! – für eine nachhaltige Landwirtschaft der Zukunft
- Cannabis als Medizin ermöglichen
- 2011: Gentechnikfrei (Gentechnik in der Landwirtschaft)
- Für die Wiederherstellung der Vernunft in der Integrationspolitik
- 21 Jahre Friedliche Revolution, Zwanzig Jahre Deutsche Einheit: Gelebte Demokratie in Ost und West
- Demokratiebewegung in Äthiopien unterstützen

Außerordentliche Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

25. Juni 2011 Berlin

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Konsequent für neue Energie“

- Debatte um die „Energiewende“ (Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Atomenergie nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima).
Empfehlung der Bundesdelegiertenkonferenz an die Bundestagsfraktion, der Rücknahme der Laufzeitverlängerung, der Abschaltung der sieben Altmeiler plus Krümmel sowie den festen Abschaltenden der restlichen AKW zuzustimmen, aber alles daran zu setzen, das letzte Atomkraftwerk deutlich vor 2022 abzuschalten. Außerdem soll sich die Bundestagsfraktion dafür einsetzen, dass der Atomausstieg ins Grundgesetz geschrieben wird.

Beschlüsse:

- Energiewende in Deutschland - Grün geht voran
- Sicherheit ist nicht verhandelbar (Risiken eines Weiterbetriebs von Atomkraftwerken)
- Eurokrise: Die Krise gemeinsam überwinden, das Europäische Projekt nicht aufs Spiel setzen

Resolution:

- 60 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention: Verbesserung der Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Deutschland und Europa

33. Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

25. - 27. November 2011 Kiel

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto „Antwort: Grün“

Beschlüsse:

- Inklusives Gemeinwesen: eine Gesellschaft für Alle
- Vielfalt leben in einer inklusiven Gesellschaft
- Die Zukunft ist Europa!
- Europa gewinnt zusammen - oder verliert (Internationale Finanzkrise)
- Solide, solidarisch, Grün: Unsere Haushalts- und Finanzpolitik
- Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft: der Grüne New Deal
- Demokratischer Aufbruch in Zeiten der Krise
- Entschieden gegen Rechts! (Morde der rechten Terrorzelle aus Thüringen, NSU)
- Offenheit, Freiheit, Teilhabe: die Chancen des Internets nutzen, den digitalen Wandel grün gestalten
- Satzungsänderungen:
 - Fristen zur Einberufung einer Bundesdelegiertenkonferenz
 - Zusammensetzung der Antragskommission, Antragsfristen, Dringlichkeitsanträge und Redeliste
 - Streichung des Öst-Länderrats
 - Urwahl über Spitzenkandidaturen
 - Änderung der Kassen- und Beitragsordnung
 - Änderungen der Bundesschiedsgerichtsordnung

Resolutionen u.a. zu:

- Demokratie braucht ein faires Wahlrecht
- Abschaffung von Plastiktüten
- Das Regime in Syrien international isolieren, die syrische Opposition unterstützen
- Den weltweiten Klimaschutz zum Erfolg führen, mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten Fahrt gewinnen
- Energiewende verantwortungsbewusst gestalten: Keine Erdgasförderung mit giftigen Chemikalien auf Kosten von Umwelt und Gesundheit (Fördermethode „Fracking“)
- Jetzt einen Staat Palästina auf den Weg bringen: Palästina in der UNO unterstützen
- Rüstungsexporte: Konsequenzen aus dem Panzer-Deal mit Saudi-Arabien ziehen: Transparenz und Kontrolle statt Geheimniskrämerei
- Privilegierung der Landwirtschaft überdenken, keine Unterstützung für Massentierhaltung

34. Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

16. - 18. November 2012 Hannover

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto: "Zusammen hält besser"

Beschlüsse:

- Für eine Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte - Responsibility to Protect - Vom Recht des Stärkeren zum Schutz des Individuums durch Stärkung des Rechts
- Für eine friedliche, freie und demokratische Zukunft Syriens
- Nach der Rio-Konferenz: Die sozial-ökologische Transformation für globale Klimagerechtigkeit endlich angehen
- Sozialpolitik: Eine Gesellschaft für Alle! Umfassende Teilhabe und Selbstbestimmung durch gute Institutionen und gerechte Verteilung
- Mieterschutz und Klima gehören zusammen - Sozial und klimafreundlich wohnen in Deutschland
- Endlagersuchgesetz: Endlich bundesweit sicheres Endlager suchen statt Atommüll in Gorleben lagern
- Europapolitik: Europa entsteht durch Taten
- Für ein europäisches Agrarmodell - das Ressourcen schützt, Tiere respektiert, gesunde Lebensmittel liefert, nicht auf Kosten anderer wirtschaftet und eine moderne bäuerliche Landwirtschaft erhält!
- Satzungsänderungen:
- Statut der Bundesarbeitsgemeinschaften von Bündnis 90/Die Grünen - Wahlverfahren - Freie Mitarbeit - Antragskommission
- Wahl des Bundesvorstands:

Bundvorsitzende: Claudia Roth (wiedergewählt)

Cem Özdemir (wiedergewählt)

Politische Geschäftsführerin: Steffi Lemke (wiedergewählt)

Schatzmeister: Benedikt Mayer (neu)

Weitere Mitglieder: Astrid Rothe-Beinlich (Frauenpolitische Sprecherin, wiedergewählt)

Malte Spitz (wiedergewählt)

- Wahl des Parteirats

Resolutionen u.a. zu:

- Arbeitsrecht in Betrieben in kirchlicher Trägerschaft
- CO2-Emissionen bei allen Fernverkehrsmitteln angeben
- Gesunde Lebens-, Lern- und Arbeitsgebäude: NutzerInnen schützen – BauträgerInnen fördern – VerbraucherInnen stärken
- Keine bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr

- Schluss mit der Diskriminierung von Roma - Für den Erhalt der Visumsfreiheit für StaatsbürgerInnen aus Serbien und Mazedonien
- Einführung einer Kennzeichnungspflicht bei Verwendung von tierischen Bestandteilen und tierischen Produkten in Lebensmitteln
- Wo Erneuerbare wachsen wird Kohle weichen!
- Menschenrechte stärken - Folter bekämpfen
- Für ein offenes Europa
- Beschluss zum Verfahren zum Thema Beschneidung
- Jugendmedienschutz

35. Bundesversammlung Bündnis 90/Die Grünen

26. bis 28. April 2013 Berlin

Bundesdelegiertenkonferenz unter dem Motto „Deutschland ist erneuerbar“

Beschlüsse:

- Verabschiedung des Bundestagswahlprogramms "Zeit für den grünen Wandel"
- Für den Erhalt der freiheitlich-demokratischen Rechte aller Menschen - Keine „präventiv-polizeilichen“ Zwangstests bei HIV und Hepatitis
- Gegen die Verdrängung von Menschen aus dem Innenstadtbereich - Alkoholverbotzonen abschaffen
- Merkel stoppt EU-Klimapolitik - stoppen wir Merkel!
- Weg frei für eine ergebnisoffene Endlagersuche für hochradioaktiven Atommüll

36. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Bündnis 90/Die Grünen

18. bis 20. Oktober 2013 Berlin

Beschlüsse:

- Neuwahl des Bundesvorstands

Bundvorsitzende:	Simone Peter (neu) Cem Özdemir (wiedergewählt)
Politische Geschäftsführerin:	Michael Kellner (neu)
Schatzmeister:	Benedikt Mayer (wiedergewählt)
Weitere Mitglieder:	Gesine Agena (Frauenpolitische Sprecherin, neu) Bettina Jarasch (neu)

- Gemeinsam und solidarisch für eine starke grüne Zukunft
- TTIP im Fokus: kein Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA ohne hohe Standards für Ökologie und Verbraucherschutz
- Konsequenzen aus Lampedusa ziehen - in Europa und Deutschland
- Fukushima braucht Solidarität und Unterstützung, sofort!
- Friedensprozess in Syrien unterstützen
- Für einen neuen Aufbruch in der Klimaschutzpolitik
- Für eine bunte, queere Bewegung in Belgrad, Istanbul, Moskau und Berlin - Gleiche Rechte für alle in Europa!
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung und Aufklärung der gegen die Grünen der 1980er Jahre erhobenen Vorwürfe der Unterstützung pädophiler Aktivisten und Bestrebungen
- Überwachung stoppen! - Grundrechte durchsetzen! - Freiheit stärken!
- Fonds zur Unterstützung von Wahlkämpfen
- Für eine Stärkung des europäischen Parlaments
- Votum für die Primaries zur Europäischen Spitzenkandidatur

37. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Bündnis 90/Die Grünen

7. bis 9. Februar 2014 Berlin

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto "Miteinander für morgen"

Beschlüsse:

- Europawahlprogramm 2014
- Für eine klare Spree
- Kein Flüchtling oder Asylsuchender ohne Konto
- Globales Umweltaktionsrecht
- Für ein Europa ohne atomare Bedrohung
- GRÜNE für eine zukunftsfähige Wohlstandsgesellschaft
- Gesunde Verpflegung auf Delegiertenversammlungen
- Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka
- Klima schützen, Energiewende voranbringen – Keine Ausbaubremse für erneuerbare Energien!
- Syrienkrise: Die Augen vor der humanitären Katastrophe in der Region nicht verschließen
- Akzeptanz sexueller Vielfalt schon in der Schule fördern – Entschlossen gegen diskriminierende Vorurteile vorgehen!
- Satzungsänderung

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

21.-23. November 2014, Sporthalle Hamburg

Die Bundesdelegiertenkonferenz steht unter dem Motto "Mehr Biss."

Beschlüsse:

- Freiheit grün gestalten
- Grüner Aufbruch 2017
- Digitale Selbstbestimmung gewährleisten
- Atomendlager Schacht Konrad überprüfen
- Gutes Essen - gesunde Umwelt - globale Verantwortung
- Verantwortung für die eigene Geschichte übernehmen
- Fortschreibung Weiterbildungsfonds
- Haushalt 2015
- Neufestlegung Anteil Bundesverband
- Verwendung Mehreinnahmen
- Gipfeljahr 2015 - Klimaverhandlungen und Nachhaltigkeitsziele
- Aufbruch zum Klimagipfel in Paris
- Keine Kohle für die Kohle - Divestment jetzt!
- Recht auf politische Teilhabe verwirklichen
- Europäische Friedenspolitik
- Hilfe statt Abschottung
- Humanitären Zuzug von Roma aus Balkanstaaten ermöglichen
- TTIP, CETA, TISA - so nicht!
- Fracking verbieten - an der Seite der Initiativen stehen!
- Keinen Fußbreit den RevisionistInnen - für eine lebendige und bunte Demokratie in einem gemeinsamen Europa!
- Verursachergerechte Ausweitung der LKW-Maut zur Erhaltung der Straßeninfrastruktur statt CSU-Wegezzoll für AusländerInnen
- Echte Kursänderung jetzt - für eine restriktive Rüstungsexportpolitik
- Keinen hochradioaktiven Atommüll ins Ausland verschieben - Export der Jülich-Castoren in die USA stoppen
- Mindestens die Hälfte der Macht den Frauen - auch bei Kommunalwahlen!
- Beweislastumkehr bei Asbestkrankungen
- Satzungsändernde Beschlüsse